

## Resolution zum Bildungsnotstand

Seit mehreren Jahren ist die Lehrerausstattung der Schulen im Land Sachsen-Anhalt unbefriedigend, es gibt Schulausfall in ungekannten Größenordnungen, außerschulische Angebote sind stark zurückgegangen, an unterschiedlichen Schulen können manche Fächer über Monate nicht mehr angeboten werden und der Druck auf die vorhandenen Lehrkräfte und Schulleitungen nimmt immer mehr zu. Dieser hohe Druck sorgt für weiter steigende Krankenstände unter den Lehrern – ein Teufelskreis. Der Landkreis JL erkennt an, dass das Land in den letzten Jahren bemüht ist, die Rahmenbedingungen zu verbessern und neue Lehrkräfte zu gewinnen. Da der Arbeitsmarkt aber inzwischen weitestgehend leergefegt ist, entbrennt zwischen den Ländern ein schwieriger Wettbewerb um gut ausgebildetes Personal. Quer- und Seiteneinsteiger sind eine Option zur Unterstützung, müssen aber viel zu schnell Verantwortung übernehmen und können an vielen Schulen nicht ausreichend begleitet an die pädagogische Arbeit mit Kindern herangeführt werden. Andere Bundesländer organisieren das systematischer und langfristiger. Dadurch erklärt sich auch eine hohe Abbruchquote der Neueinstellungen. Mit der 18. Änderung des SchulG LSA versucht die Landesregierung erneut eine Antwort auf diesen Mangel zu geben. Im ersten Entwurf hieß die Antwort kleine Schulen im ländlichen Raum zu schließen, um an größeren Schulen oder in Schulverbänden Personal zu sparen. Dies wäre aufgrund der teils weiten Entfernungen ein erheblicher Nachteil für den ländlichen Raum und würde die Lebensverhältnisse im Vergleich zur Stadt weiter verschlechtern. Im aktuellen Entwurf ist nunmehr Ziel in den Zentren Schulen zu schließen und Klassenstärken weiter wachsen zu lassen. Aus Sicht des Landkreises ist auch das nicht zielführend.

In den vergangenen Monaten sind immer mehr Elterngremien aus dem gesamten Landkreis an die Kreisverwaltung herantreten und haben ihre Unzufriedenheit mit dem schulischen Angebot zum Ausdruck gebracht. Am 18. November fand in Burg sogar ein von Eltern organisierter Bildungsmarsch statt bei dem ca. 400 Teilnehmer auf die Bildungsmisere aufmerksam machen wollten. Viele Eltern machen sich zurecht Sorgen über die mangelnde Bildung ihrer Kinder. Und ein Ende des Mangels ist nicht in Sicht. Es sollte zu denken geben, dass die Unterrichtsversorgung an Privatschulen wesentlich stabiler ist und immer mehr Eltern versuchen ihre Kinder dort beschulen zu lassen. Bildung darf aber unter Zahlung von Elternbeiträgen nicht zum Privileg derer werden, die es sich leisten können. Wir erkennen an, dass viele Lehrkräfte mit hohem Engagement versuchen so viel Unterricht wie möglich aufrecht zu erhalten. Über einen langen Zeitraum überfordern wir damit aber die Lehrerinnen und Lehrer, so dass die Krankenstände

an den Schulen steigen und die Probleme noch vergrößern. Eine dauerhaft schlechte Lehrerausstattung an den staatlichen Schulen führt deshalb unweigerlich zu einer ungenügenden Schul- und Grundbildung von Schülerinnen und Schülern des Landkreises Jerichower Land. Dies ist aber eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Entwicklung und die Zukunft einer Region. Anhaltende erhebliche Unterrichtsausfälle und nicht erteilter Fachunterricht verschlechtern die durchschnittlichen Schulabschlüsse, erschweren die Berufsorientierung unserer Kinder und verhindern teilweise den Zugang zu spezifischen Ausbildungen und Studiengängen. Dies wird in Zukunft weitreichende negative Folgen für die Wirtschaft in unserem Landkreis entfalten. Die aktuelle Schülergeneration sollte die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben wie alle zuvor. Wie sollen die Sekundarschüler und Abiturienten faire Prüfungsbedingungen erhalten, wenn viel weniger Unterricht erteilt wurde, das Prüfungsziel und die Prüfungsanforderungen aber gleich hoch sind?

Wir fordern von der Landesregierung daher basierend auf der Einschätzung des Kreistages, der Kreisverwaltung und unserer Schulleiter:

- Sich in der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass inhaltliche Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler bei einem dauerhaften Stundenausfall von mehr als 10% pro Halbjahr abgesenkt werden und sich in allen Fächern auf Kerninhalte fokussiert werden kann. Fakt ist, dass schon jetzt die inhaltlichen Forderungen in den Fachlehrplänen zeitlich nicht vermittelbar sind und deshalb viele Länder wieder auf 13 Schuljahre zum Erwerb des Abiturs gegangen sind. Ein Schwerpunkt muss darauf liegen zunächst die Kernfächer Deutsch, Mathe, Englisch zu stabilisieren.
- Die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte weiter zu verbessern zum Beispiel durch Gewährung von Zulagen, stärkere Anerkennung der Arbeit und Entlastung von Bürokratie an den Schulen. Ein aktuelles Negativbeispiel ist die neue Pflicht, dass weiterführende Schulen sich an allen Grundschulen präsentieren sollen und Schuleignungstests durchzuführen sind. Da am Ende weiterhin die Eltern über die Beschulung entscheiden, ist dieser bürokratische Aufwand nicht zu rechtfertigen.
- Die Beschleunigung und Vereinfachung der Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren, so dass potentielle Interessenten früh für Sachsen-Anhalt gebunden werden können. Ein gutes Onboarding ist auch für den öffentlichen Dienst notwendig. Dabei sollte den Schulleitungen mehr Mitspracherecht bei den Einstellungen gegeben werden.

- Quer- und Seiteneinsteiger sollten in einer Seminarstruktur z.B. nach dem Modell von Niedersachsen intensiver auf die pädagogische Arbeit vorbereitet werden. Zudem sollten sie durch einen pädagogischen Paten begleitet werden. Diese pädagogischen Paten sollen in die Einschätzung einbezogen werden, ob der Seiteneinsteiger noch weitere Unterstützung benötigt.
- Die Ausbildung von Lehrern zu stärken an beiden Universitätsstandorten in Halle und Magdeburg, da auch in den nächsten Jahren viele Lehrkräfte in den Ruhestand gehen werden. Insbesondere der Standort Magdeburg muss ausgebaut werden, weil die praxisorientierten Teile der Ausbildung in räumlicher Nähe zu einer besseren frühen Bindung der Studenten führen.
- Auch kleinere Schulstandorte im ländlichen Raum dauerhaft zu erhalten und sicherzustellen, dass auch die gymnasiale Oberstufe ausreichend Stundenkontingente zugewiesen bekommt, so dass an allen drei Gymnasien ein breites Angebot vorgehalten werden kann. Eine schülerscharfe Lehrstundenzuweisung in der Oberstufe hat bereits in diesem Jahr dazu geführt, dass das Kursangebot drastisch reduziert werden musste. Die Praxis der Stundenzuweisungen ist dringend zu überarbeiten.
- Die Klassenstärken nicht weiter zu erhöhen, um die Qualität des Unterrichts und der Betreuung nicht zu gefährden.
- Digitale Bildungsangebote weiter auszubauen, um das Selbststudium zu stärken und entstandene Bildungsdefizite aufzufangen.
- Schulsozialarbeit als Unterstützungsmöglichkeit für Lehrer, Schüler und Familien mit Schülern, umgehend auszubauen, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden und Lehrkräfte zu entlasten. Gleichzeitig sollten die Arbeitsverhältnisse verstetigt werden, damit die Schulsozialarbeiter auch eine langfristige Perspektive haben und Kontinuität in der Jugendarbeit entsteht. Hierfür ist ein eigenständiger § 31 in das Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt aufzunehmen. Die Landkreise benötigen vom Land zusätzliche finanzielle Mittel um über die ESF-geförderten Stellen hinaus Schulsozialarbeit weiter ausbauen zu können. Die Entscheidung über die Verteilung der Schulsozialarbeiterstellen sollte ausschließlich dem jeweiligen JHA bzw. Kreistag obliegen.

- Schulen nicht mit der Integrationsarbeit zu überfordern. An vielen Schulen werden Kinder unterrichtet, die nicht die sprachlichen Mindestvoraussetzungen erfüllen. Dies ist für die Betroffenen, die Lehrer und die Mitschüler eine zu große Herausforderung. Hier ist zu empfehlen, dass das Land geeignete Maßnahmen ergreift und zunächst außerhalb des Regelunterrichts eine sprachliche Vorbereitung in reinen „Sprachklassen Deutsch“ organisiert und den Übergang in den Regelunterricht an eine Sprachprüfung knüpft. Dies sollte zwar möglichst an Schulen stattfinden, aber nicht durch das vorhandene schon überlastete Lehrpersonal. Zusätzlich sollte der Anspruch auf zusätzliche Sprachförderung sich an einem geforderten Ziel-Sprachniveau orientieren und nicht pauschal auf zwei Jahre beschränkt sein.
- Die Rahmenbedingungen für unsere Lehrkräfte sind zu verbessern. Eine stärkere Anerkennung ihrer pädagogischen Arbeit und ihrer pädagogischen Kompetenz sind unbedingt erforderlich.
- Als weiteren Schritt dem Lehrermangel im Land zu begegnen, soll auf Landesebene ein Stipendienprogramm eingerichtet werden. Dabei soll das Stipendium folgende Punkte zum Ziel haben: Anwerben von Abiturienten für ein Lehramtsstudium an einer Hochschule in Sachsen-Anhalt, Motivation zum Erwerb eines zum Lehrerberuf qualifizierenden Abschlusses (M.Ed./Staatsexamen) und eine Verpflichtung zur Durchführung des Vorbereitungsdienstes sowie einer gewissen Dauer der Tätigkeit als Lehrer (fünf Jahre) an einer Schule im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts.
- Eine Analyse, warum in Sachsen-Anhalt weniger als die Hälfte aller Lehramtsstudenten das Studium erfolgreich beenden und das Ergreifen geeigneter Maßnahmen um die Erfolgsquote deutlich zu steigern.

#### Frühkindliche Bildung:

- Der Mindestpersonalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen von Sachsen-Anhalt darf nicht mehr der schlechteste Personalschlüssel in Deutschland sein. Wir fordern eine Anhebung an das deutschlandweite Niveau, um auch in Sachsen-Anhalt die Bedeutung der frühkindlichen Bildung für eine gelingende spätere Schulbildung erfüllen zu können. Hiermit verbundene Kosten dürfen jedoch nicht allein auf die Städte und Gemeinden übertragen werden, die die finanzielle Lage hier bereits sehr

angespannt ist. Die Erzieherinnen und Erzieher sind zum aktuellen Zeitpunkt wegen personellen Engpässen nicht in der Lage ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden und damit einen guten Start ins Schulleben zu fördern.

- Die sprachliche Förderung aller Kinder muss in den Vorschulgruppen bindend umgesetzt werden. Die Ergebnisse der sprachlichen Förderung im Vorschulalter sind durch die Landesregierung verpflichtend zu überprüfen. Bei festgestellten, erheblichen sprachlichen Förderbedarf (Sprachstandsfeststellung) soll eine Rückstellung der Schulpflicht und weitere sprachliche Förderung erfolgen. Erhebliche sprachliche Defizite mit in die Schulpflicht zu übergeben, heißt auch unsere knappe Ressource Lehrkräfte mit Aufgaben zu belasten, welche sie vom Unterrichten und von der Wissensvermittlung abhalten und damit den Bildungserfolg für alle Kinder schmälern.
- Schulkinder ohne Zugangsmöglichkeit zu einer Vorschule und Schulkinder mit geringen sprachlichen Defiziten sollen bis zur Beendigung des 10. Lebensjahres verpflichtend ganztägige Bildungsangebote besuchen und dort eine sprachfördernde Begleitung erhalten, um die Lehrkräfte und den Klassenverband zu entlasten. Hier könnte auch Hort im Zuge der wachsenden Ganztagesbetreuung eine zentrale Rolle einnehmen.